

Na wietrze historii / Im Sog der Geschichte, 1985

Kazimierz Wóycicki

Wo liegt Polen?

Polen ist in dem Sinne ein europäischer Sonderfall, als dass es nach 1989 alle bisherigen Nachbarn verloren hat. Anstelle der Sowjetunion grenzt es heute an die Ukraine, Weißrussland, Litauen und an einem kurzen Grenzabschnitt an die Russische Föderation (Kaliningrader Oblast / Königsberger Gebiet). Unser Nachbar im Süden, die Tschechoslowakei, zerfiel in zwei Staaten, Tschechien und Slowakei. Schließlich statt an die DDR grenzt Polen im Westen an das vereinigte Deutschland. Einzig die Ostsee blieb als Seegrenze bestehen und auch die Nachbarn jenseits der Ostsee blieben die gleichen: Finnen, Schweden und Dänen. Diese spielerische Aufzählung lässt die Frage „wo Polen liegt“ im Sinne einer neuen politischen Lage aufstellen.

Die Frage „wo Polen liegt“ betrifft nicht nur die jüngste, sondern auch die etwas ältere Geschichte des Landes. In einem lustigen, dennoch im Grunde etwas bitteren Spruch heißt es, Polen sei ein „Staat auf Rädern“. Bis zum 18. Jahrhundert reichten die Grenzen Polens weit nach Osten, im 19. Jahrhundert verschwand das Land von der europäischen Landkarte und im Verhältnis zu den nach dem Ersten Weltkrieg wiedererrichteten Grenzen wurden diese nach 1945 um einige hundert Kilometer westwärts verschoben. In dieser Hinsicht ist Polen ein Sonderfall, auch wenn Grenzverschiebungen europäischer Staaten keine Seltenheit darstellen.

Die Westverschiebung nach 1945 bedeutete zwar geographisch eine grundsätzlich neue Lage, für die politische Situation Polens hatte dies aber keine Bedeutung. Diese wies vielmehr Ähnlichkeiten zum 19. Jahrhundert auf, zumindest solange ein Großteil Europas unter sowjetischer Vorherrschaft stand. Die Situation erfuhr eine radikale Wende nach dem Völkerherbst im Jahr 1989 und nach dem Zerfall der Sowjetunion.

In der NATO und in der EU

Polens Interesse an einer Mitgliedschaft in der NATO und in der Europäischen Union war ein spontan gewachsenes und natürliches politisches Ziel, das eine Unterstützung der Mehrheit der polnischen Bevölkerung fand. Dies war und ist immer noch mit dem Bedürfnis nach militärischer Sicherheit verbunden, die die NATO garantiert, und mit dem Wunsch nach wirtschaftlicher Entwicklung, die nur eine EU-Mitgliedschaft herbeiführen kann.

Hinter diesen pragmatischen Ursachen, die aus konkreten Interessen und Berechnungen erwachsen, liegen auch andere, viel tiefere Gründe. Jede Gesellschaft empfindet ein Zugehörigkeitsgefühl zu einer breiteren Kulturgemeinschaft. Für die Polen stellt diese der westliche Kulturkreis dar, von daher gibt es nicht nur ein Gefühl der Verbundenheit mit Westeuropa, sondern auch mit Amerika. Der bedeutende Anteil der Polen bei

der amerikanischen Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts hat in diesem Zusammenhang eine symbolische Bedeutung und ist in Polen bis heute lebendig.

Polen gehört zum Westen, auch wenn wir wissen, wie historisch dieser Begriff ist, und wie er sich seit den Anfängen, als Polen das lateinische Christentum angenommen hat, geändert hat. Die Verbindung Polens mit dem Westen scheint vor allem in der Zeit der Renaissance besonders stark zu sein, deren Ideen nach Polen direkt aus Italien kamen und u.a. die polnische Architektur stark beeinflussten. Das Erstaunen westlicher Touristen kommt manchmal komisch vor, die beispielsweise nach einem Aufenthalt in Krakau mit Verwunderung feststellen, dass sich dort so viele Renaissancebauten befinden. Dies zeigt, wie wenig diese Europäer die Geschichte des eigenen Kontinents kennen.

Eben diese historische „Westlichkeit“ Polens bewirkte, dass das Land besonders tragisch die russische Unterordnung im 19. Jh. empfand, aber auch und vor allem nach 1945. Polen fühlte sich vom Westen verraten.

Die Polen bemerkten die Tragik ihres Schicksals noch aus einem anderen Grund. Polens Verhängnis schien mit der Lage zwischen Russland und dem seit dem 19. Jh. immer stärkeren Deutschland verbunden zu sein. Der Hitler-Stalin-Pakt und die Geschichte des Zweiten Weltkrieges schienen in einer besonders schmerzvollen Weise die Tragik dieser Lage zu bestätigen.

Die Zugehörigkeit zu den nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen europäischen Institutionen und die NATO-Mitgliedschaft sind nicht nur durch die aktuelle Ausprägung eigener Interessen bestimmt, sondern sind als ein Versuch zu verstehen, die tragische Entwicklung polnischer Geschichte zu durchbrechen, die im Grunde seit dem Ende des 18. Jh. stattgefunden hat. Polen in der NATO und in der EU liegt nicht mehr zwischen Russland und Deutschland und ist nicht mehr der Gefahr ausgesetzt, dass der Westen wie nach dem Zweiten Weltkrieg Polen im Stich lässt, Auge in Auge mit dem russischen Bär.

Alte und neue Probleme der Lage zwischen Ost und West

Vor dem Jahr 1989 konnte man die Polen nicht besser erfreuen, als ihnen zu sagen, sie gehören zum Westen. Selbst polnische Kommunisten schienen manchmal zufrieden zu sein, wenn sie dies zu hören bekamen. Auch heute hat sich in dieser Hinsicht nichts geändert. Westliche Politiker lernten meistens den Polen solche Komplimente zu machen, wobei es gar nicht so sicher ist, ob sie diese aus Überzeugung aussprachen. Wenn man dem zuhört, was spontan bei vielen Konferenzen gesprochen wird, kann man vielmehr heute meistens zu hören bekommen, dass Polen im ehemaligen Ostblock liege, in Ost- oder Ostmitteleuropa. Im Bewusstsein der Franzosen, Italiener oder Engländer und auch der Deutschen scheint alles, was östlich der Oder liegt, Osteuropa zu sein. Im Grunde genommen ist uns die Größe unseres europäischen Kontinents nicht bewusst, der, obwohl viel kleiner als Asien und Afrika, doch sehr unterschiedlich ist.

Ist man einverstanden mit der Feststellung, dass Polen im Westen liegt, was hier noch Gegenstand weiterer Überlegungen sein wird, gäbe es noch genug Raum für ein mittleres und östliches Europa. Osteuropa stellt mit Sicherheit den europäischen Teil Russlands dar, sicherlich auch der Kaukasus, wenn wir ihn zu Europa zählen, auch wenn seine Völker für uns doch sehr exotisch sind. Das sieht man am Beispiel Tschetscheniens, dessen tragisches Schicksal uns angesichts der nur zögerlichen Reaktion auf den Mord an Tschetschenen so wenig zu interessieren scheint.

Mitteleuropa könnte man als eine Region definieren mit der Ukraine, mit einer langen, aber auch unterbrochenen Geschichte eigener Staatlichkeit, mit Weißrussland, dessen Nationalbewusstsein erst entsteht, sowie mit Litauen, der Slowakei und Moldawien. Das Territorium dieser Staaten ist für europäische Verhältnisse ziemlich groß, wenn man berücksichtigt, dass allein das Gebiet der Ukraine weitaus größer ist als das Frankreichs.

Die Nachbarschaft Polens mit neuen, oft instabilen Staaten weist Polen besondere Aufgaben und Verantwortung zu. Die Polen sind angesichts der Weißrussen und Ukrainer dazu aufgefordert, eine aktive Ostpolitik zu betreiben. Die Stabilisierung der östlichen Nachbarn Polens liegt in dem Maße im polnischen Interesse, wie die Stabilisierung Polens im deutschen Interesse liegt. Es stellt sich dabei die Frage, in welchem Maße das kleine Polen die Entwicklung seiner großen Nachbarn beeinflussen kann, die mit enormen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Polen hat die Grenzprobleme mit allen Nachbarn geregelt und Kooperationsverträge mit allen östlichen Nachbarn abgeschlossen, was angesichts der Grenzverschiebungen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht ohne Bedeutung ist. Sicherlich ist Polen nicht in der Lage, wirksam zur Entwicklung Weißrusslands und der Ukraine beizutragen. Dafür ist die Anstrengung des gesamten Westens nötig und die polnische Ostpolitik kann nur ein Teil einer breiteren europäischen Ostpolitik sein. Die Aufgabe Polens ist es, das europäische Bewusstsein in dieser Hinsicht zu wecken. Der Westen wird ständig über die Probleme Weißrusslands und der Ukraine durch die Vermittlung der Polen benachrichtigt, die diese Region oft besser kennen. Das alte, traumatische Problem der Lage zwischen Ost und West, zwischen Russland und Deutschland, ist überwunden. Es gibt ein neues Problem, das Problem der Verantwortung, das Bewusstsein des Westens für die Probleme des östlichen Teils des Kontinents zu schärfen. In diesem Sinne darf Polen die „östliche Orientierung“ seiner Lage nicht verkennen. Polens Marsch nach Westen soll keinesfalls eine Abkehr vom Osten bedeuten.

Auf den Wogen der Ostsee

Polen ist mit Sicherheit keine Seenation, dennoch stellt die Ostsee eine große Bedeutung für das Land dar. Polen hatte immer eine Chance gehabt, einen breiten Seezugang zu haben, konnte aber diese Ansprüche oft nicht durchsetzen. Der Kalte Krieg trennte nicht nur den Kontinent, sondern auch die Ostsee. Nach 1989 entdeckte Polen, wie wichtig seine nördlichen Nachbarn sind. Die Gemeinschaft der Ostsee-Anrainerstaaten

ist eine neue Dimension polnischer Außenpolitik, die erst im Entstehen ist, und mit der die polnische Gesellschaft erst umzugehen lernt. Man kann sagen, dass so wie die Gesellschaften Westeuropas ihren Osten entdecken, so entdecken die Polen langsam ihren Norden und lernen dabei, wie unterschiedlich und umfangreich unser Kontinent ist.

Um die Frage zu beantworten, wo Polen liegt, muss unbedingt erwähnt werden, dass Polen an der Ostsee liegt, und dass erst nach der Wende im Jahr 1989 Polen sich der Ostsee annähern darf. In diesem Fall bestätigt sich die These, dass die geographische Lage allein noch keine Antwort darauf liefert, wo ein bestimmtes Land liegt. Diese Lage bestimmen nicht nur die geographische Länge und Breite, sondern auch solche Faktoren wie Politik und Kultur.

Die politischen Überlegungen öffnen für Polen gegenüber dem Norden Europas eine Zusammenarbeit mit Skandinavien. Wenn man den kulturellen Faktor berücksichtigt, muss festgestellt werden, dass es noch viel zu tun gibt. Das Bild Europas, das ausschließlich auf der Achse Ost-West ausgedehnt wird, beherrscht das polnische Bewusstsein. Die Ereignisse auf dieser Achse bestimmten bisher das polnische Schicksal. Erst langsam gewinnen die Polen die Einsicht, dass die historische Wende des Jahres 1989 über viele neue Dimensionen des sich vereinigenden Europas nachdenken lässt.

Die Herausforderung des Südostens Europas

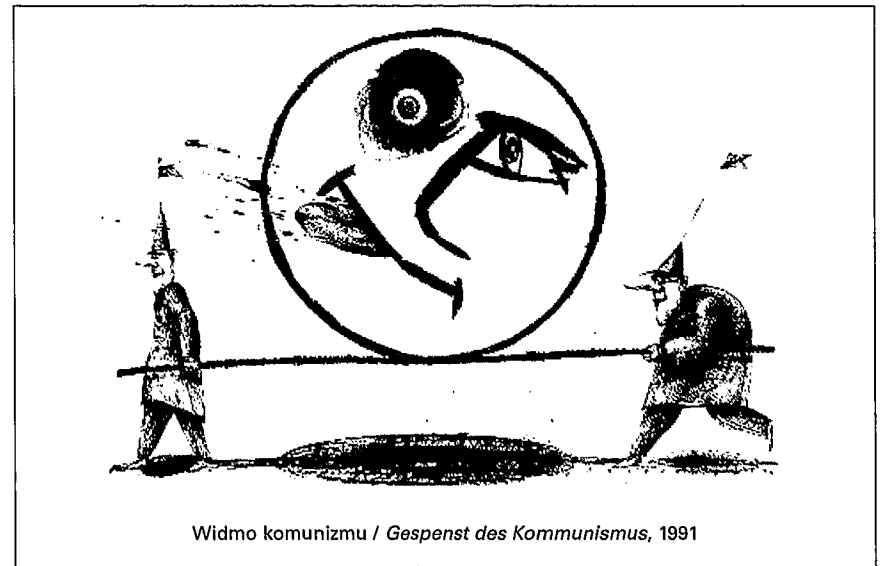
Ich habe geschrieben, dass Polens Weg in Richtung Westen keinesfalls eine Abkehr vom Osten bewirken darf. Man muss hinzufügen, dass dies zum Glück nicht geschieht. Im Gegenteil: Die Polen, wenn man polnische Zeitungen liest und die Anzahl polnischer Wissenschaftseinrichtungen berücksichtigt, scheinen von ihren östlichen Nachbarn fasziniert zu sein. In einem gewissen Sinne fühlen sie sich mit ihnen durch eine Schicksalsgemeinschaft, insbesondere nach 1945, verbunden. Sie haben ein bisschen Angst vor ihnen, aber oft bemitleiden sie sie und bedauern, dass der Reform und Demokratisierungsprozess bei ihnen nicht so schnell und wirkungsvoll stattfindet wie in Polen.

Die Faszination durch den Osten ist eine Ergänzung polnischer Anstrengungen, in die westliche Staatengemeinschaft Europas aufgenommen zu werden. Die Polen sind daran gewöhnt, alles, was in der Politik wichtig ist, auf die Ost-West-Achse zu fixieren. Dies ist eine natürliche Situation, und sie soll niemanden verwundern. Sie hat aber ihre eigenen Schwächen. Vor allem muss die Ostsee-Dimension neu entdeckt werden. Auch wenn dies langsam geschieht, bereitet dies keine besonderen Schwierigkeiten. Skandinavien stellt doch eine für Europa außergewöhnliche Stabilitätszone dar.

Viel schwieriger gestaltet sich die südliche Dimension. Polen, für europäische Verhältnisse ein Land von mittlerer Größe, und doch mit 40 Mio. Einwohnern relativ groß, muss eine eigene Regionalpolitik gestalten. Mit der EU-Mitgliedschaft müssen die Polen lernen, die politische Dimension Europas nicht nur entsprechend ihrer geschicht-

lichen Erfahrung auf der Ost-West-Achse zu betrachten. Wahrscheinlich betrifft dieses Problem in Europa nicht nur die Polen, da das halbe Jahrhundert des Kalten Krieges, das durch den Ost-West-Konflikt beherrscht wurde, das politische Bewusstsein sehr beschränkte. Erst der Krieg auf dem Balkan erinnerte, welche dramatischen Probleme auf Europa zukommen können.

Die südliche Dimension ist für die polnische Außenpolitik und das politische Bewusstsein eine völlig neue Angelegenheit. Man könnte scherzhaft sagen, dass sich seit dem Entsatz von Wien am Ende der 17. Jahrhunderts diese Dimension nicht mehr in der polnischen Politik und im politischen Bewusstsein hat bemerkbar lassen.



Kurz nach 1989 tauchte sie zunächst als eine Gefährdung Polens durch eine mögliche Isolation auf. Die italienischen Pläne einer „pentagonale“, d. h. einer Gemeinschaft der mittel- und südeuropäischen Staaten, ließ Polen faktisch im Niemandsland. Polens Antwort war die Initiative der sogenannten Višhrader Gruppe mit der Tschechoslowakei (später mit Tschechien und Slowakei) und Ungarn und die spätere CEFTA-Ausdehnung auf dieses Gebiet, dem sich auch Slowenien anschloss. Der Zerfall Jugoslawiens und der Konflikt in Bosnien durchkreuzten vollständig die Pläne italienischer Politik. Polen bemühte sich seitdem, an allen internationalen Aktionen im südöstlichen Europa solidarisch teilzunehmen. Kurz nachdem Polen der NATO beitrug, begann die westliche Allianz ihre militärische Intervention in Kosovo. Polnische Einheiten beteiligten sich nur am Rande an den Kampfhandlungen der Allianz, und auch Polen atmete auf, als sich herausstellte, dass der Einmarsch der Landstreitkräfte nicht notwendig war.

Jedoch nicht nur der Krieg allein stellte eine Herausforderung für das polnische politische Bewusstsein dar. Es gibt viele Hinweise darauf, dass das nächste Jahrzehnt durch die Ereignisse im Südosten Europas beherrscht wird. Sollte es anders sein, könnte man den gesunden politischen Verstand der Europäer anzweifeln. Leider gibt es Anzeichen, die solche Zweifel entstehen lassen. Das Europa des 20. Jahrhunderts zeichnete sich schon mehrmals durch außerordentliche politische Dummheit aus. Ich meine nicht unbedingt den Balkan, da diese Region zwingend mit ungelösten und unlösbaren Problemen gleichgesetzt wird. Die Europäer müssen jedoch überzeugt werden, dass dieses Gebiet keinesfalls ein exotisches und wildes Land ist, sondern ein Gebiet ihrer vitalsten Interessen.

Dies wird so bleiben müssen, da ebenso die russische Krise langwierig und unlösbar zu sein scheint. Russland kann von außen nicht geholfen werden, wenn es nicht selbst versucht, aus eigenen Kräften aufzustehen. Zur Zeit beobachten wir seine Selbstisolation. In den Bann der russischen Krise gerät immer mehr Weißrussland, und es ist nicht sicher, ob die Ukraine es schafft, selbstbewußt aus dem russischen Einflußgebiet herauszutreten. Eine ständige Präsenz einer Zone der Instabilität auf unserem Kontinent von der Halbinsel Kola bis nach Albanien würde für alle Europäer eine große Gefahr bedeuten. Dies eben und nicht allein der Konflikt in Bosnien oder in Kosowo, macht die Probleme dieser Region für uns so dramatisch und aktuell. Südosteuropa kann geholfen werden. Dies ist eine große Herausforderung für unseren ganzen Kontinent und für die politische Reife der Politiker in allen EU-Ländern, die sich ernsthaft mit der europäischen Idee beschäftigen.

Es kann sich dabei herausstellen, dass das Engagement Westeuropas in dieser Region steigen wird und dadurch in Konkurrenz zum Osten Europas stehen wird. Dies wird die polnische Politik vor eine neue Situation stellen. Die Rolle Polens als Vermittler zwischen Ost und West wird verständlicherweise immer schwächer werden. Das Engagement im Süden wird dabei auch für Polen immer wichtiger, da dort, in einem Grenzland der Stabilitätszone, die Nachbarschaft mit einem großen Gebiet permanenter Krisen im Osten und Süden, vielleicht mehr als Bedrohung empfunden wird, als in anderen Ländern, die weiter westlich liegen. Die Beschränkung dieser Krisenzone, auch wenn sie sich nicht in unmittelbarer Nachbarschaft befindet, liegt sehr im polnischen Interesse. Neben dem Norden stellt der Süden eine neue, diesmal dramatische Dimension der politischen Lage des Landes dar.

Nur im Westen?

Polen will dem Westen angehören und gehört ihm jetzt schon an. Es stellt sich dabei jedoch die Frage, ob sich die Polen mit ihrer „Westlichkeit“ zufrieden geben sollen, ob diese Anerkennung ihrer Westlichkeit das einzige Ziel sein soll, das Polen von Europa verlangt. Will Polen nur „allgemein westlich“ sein, und will es sich nur als ein westliches Land definieren?

Ich bin davon überzeugt, dass nach der ersten Zeit, in der man die westlichen Partner davon überzeugen muss, dass Polen auch zum Westen gehört, Zeit für eine tiefere Reflexion kommen wird.

Polen mit seiner jüngsten Geschichte, ebenso wie Tschechien oder Ungarn, bringt eine wichtige Tradition von Demokratie und Bürgerrechtsbewegungen ein. Man kann in diesem Sinne sagen, dass die europäische Osterweiterung mit der Gründung der Charta 77, des KOR und der Solidarność begonnen hat. Es ist eine wichtige Erinnerung für die hochbürokratisierten europäischen Strukturen und politikverdrossenen europäischen Gesellschaften (leider scheint auch die polnische Gesellschaft zur Zeit nicht weniger politikverdrossen zu sein), dass die Demokratie letztendlich einen Bürgercharakter hat und sich nur auf das Engagement des einzelnen Bürgers stützt. In diesem Sinne sind einige Länder des ehemaligen Ostblocks nicht nur als Schüler in der Schule der Demokratie zu sehen, sondern auch als ein Reservoir einer besonderen historischen Erfahrung, die auch für die westlichen Demokratien nicht ohne Bedeutung ist.

Die zweite Bemerkung im Hinblick auf die historische Erfahrung verbindet sich manchmal mit einer nostalgischen Neigung, die typisch ist für die ethnische Vielfalt und das Zusammenleben verschiedener Kulturen Ostmitteleuropas (zu dessen Symbol „Galizien“ wurde). Es stimmt, dass heute auf diesem Gebiet Staaten existieren, die beinahe monoethnisch sind, aber die Erinnerung an die kulturelle Vermengung früherer Epochen ist dort immer noch lebendig. Die Geschichte und die historische Kultur Mitteleuropas als einer Grenzregion und gleichzeitig als ein Versuch der Auseinandersetzung mit dem Fremden und Andersartigen, die so charakteristisch für die tieferen Schichten polnischer Kultur sind, können viel zur Kultur des sich vereinigenden Europas beitragen.

Wenn Polen keine Zweifel haben wird, dass der Westen es nicht im Stich lässt, wird es sich vielleicht für die „mitteleuropäische“ Identifikation als eine Ergänzung seiner „Westlichkeit“ entscheiden. Die Frage danach, wo Polen liegt, bleibt in diesem Sinne immer noch offen.

Klaus Ziemer

Die Konsolidierung der polnischen Demokratie in den neunziger Jahren¹

Die Endphase des Ancien regime

Eine von den Zeitgenossen kaum beachtete Zäsur in der Geschichte der Volksrepublik Polen bildete die Gründung des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) 1976, das auf zwei Ebenen eminente Bedeutung gewann: Es führte kleine, aber strategisch wichtige Eliten der Intellektuellen und der Arbeiter zu einer Aktionseinheit zusammen, und von KOR-Mitgliedern wurden Konzepte entworfen, wie die Gesellschaft Freiräume gegen den Partei-Staat zurückgewinnen könne. Durch die Festigung der Rechtsstaatlichkeit sowie der Menschen- und Bürgerrechte und den Ausbau autonomer Sphären der Gesellschaft sollte die Macht der Partei zwar nicht beseitigt, aber doch schrittweise eingegrenzt werden.

Diese Konzeption erfuhr ihren Durchbruch mit der legalen Gründung der Gewerkschaft Solidarność 1980. Ein von Andrew Arato im Frühjahr 1981 veröffentlichter Aufsatz, der die Entstehung der Solidarność analytisch darstellte, leitete mit seinem Schlüsselbegriff „civil society“ eine Renaissance des Terminus „Zivilgesellschaft“ ein, machte aber mit dem Titel „Gesellschaft versus Staat“ zugleich auch die Besonderheit der polnischen Variante von Zivilgesellschaft deutlich, nämlich die Auseinandersetzung dieser Gesellschaft mit dem kommunistischen Staat². Die etablierte politische Führung hielt auch nach der Verhängung des Kriegsrechts Ende 1981 und dem Verbot der Solidarność verbal am Kurs einer Liberalisierung fest³. Sie scheiterte jedoch in ihrem Bemühen, die zerrüttete Wirtschaft zu sanieren. Die Parteiführung unter General Jaruzelski war daher vom Herbst 1988 an bereit, mit der (illegalen) Opposition über grundlegende Reformen des politischen und des wirtschaftlichen Ordnungssystems zu verhandeln.

Der Übergang zur Demokratie

Kristallisationspunkt der verschiedenen Aktivitäten dieser Opposition war die Solidarność. Das Angebot zu Verhandlungen am Runden Tisch erging freilich nur an die Kräfte der sogenannten „konstruktiven“ Opposition, die bereit waren, die bestehende Ordnung als Ausgangspunkt für in ihrem Sinne vorzunehmende Reformen zu akzeptieren, nicht aber an die Fundamentalopposition, die zunächst die sozialistische Ordnung und vor allem die Anbindung an die Sowjetunion beseitigen wollte, ehe man über weitere

¹ Der vorliegende Textauszug erschien erstmals in: „Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage der Zeitschrift „Das Parlament“, B 6-7/98, S. 29-45. Publikation mit freundlicher Genehmigung des Autors.

² Vgl. Andrew Arato, *Civil Society Against the State. Poland 1980-1981*, in: Telos, -17 (1981), S. 23-17.

³ Vgl. Zu den Reformen im einzelnen vgl. Klaus Ziemer, *Auf dem Weg zum Systemwandel in Polen. Teil I: Politische Reformen 1980 bis 1988, Osteuropa*, 39 (1989) 9, S. 791-805.

Reformen reden könne. Die Opposition wurde daher am Runden Tisch ausschließlich von zu taktischen Kompromissen mit dem Establishment bereiten Anhängern gradualistischer Vorgehensweisen vertreten. Zur Vorbereitung des Runden Tisches bildete sich ein „Bürgerkomitee bei Lech Wałęsa“, dem Vorsitzenden der Solidarność. In diesem Gremium versammelte sich der Kern der Gegenelite zum bestehenden Regime.

Ziel der am Runden Tisch von Februar bis April 1989 geführten Verhandlungen war es auf Seiten des Ancien regime, eine Regierung zustande zu bringen, die von der Gesellschaft als legitim anerkannt würde, so dass sie in der Lage wäre, einschneidende Wirtschaftsreformen durchzuführen. Die Opposition sollte in das politische System mit eingebaut werden, die Kontrolle über die Macht jedoch bei der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) verbleiben. Ziel der Opposition war dagegen, am Runden Tisch den Ausgangspunkt für eine grundlegende Umgestaltung von Staat und Gesellschaft in Richtung auf Demokratie und Marktwirtschaft zu schaffen.

Das Ergebnis der Verhandlungen – Wiederzulassung der Solidarność; Schaffung eines semipräsidentiellen Regierungssystems, das eine Verlagerung der Kompetenzen von der Partei auf den Staat (mit General Jaruzelski als Staatspräsidenten) erleichtern sollte; freie Wahlen zu einer neugeschaffenen zweiten Kammer (dem Senat), während in der wichtigeren ersten Kammer (dem Sejm) der bisherigen Regierungskoalition der PZPR mit ihren Partnern eine Mehrheit von 65 Prozent garantiert war –, dieses Ergebnis stellte einen Elitenkompromiß dar, von dem die Hauptakteure auf beiden Seiten nicht sicher sein konnten, dass die „Hardliner“ im eigenen Lager sowie die eigene Basis ihn akzeptieren würden. Für die Opposition bedeutete das Ergebnis, dass sie dem Partei-Staat Zugeständnisse hatte abtrotzen können, die im Sinne der seit 1976/77 formulierten Zielsetzung breite Freiräume für die Gesellschaft sicherte und die Macht der PZPR auch im politischen Bereich einer unvergleichlich größeren Kontrolle als zuvor unterwarf.

Eine neue Situation entstand mit dem erdrutschartigen Sieg, den die Kandidaten der Solidarność erzielten (99 von 100 Sitzen im Senat, alle 161 parteilosen Kandidaten zustehenden Mandate im Sejm). Schon die Wahl General Jaruzelskis zum Staatspräsidenten (durch Sejm und Senat) war nur mehr möglich, weil einige erfahrene Politiker der Solidarność bewußt ungültig stimmten. Als sich dann herausstellte, dass die PZPR zu einer Regierungsbildung nicht mehr in der Lage war, weil ihre bisherigen „Bündnispartner“ (Bauernpartei und Demokratische Partei) nicht an den Erfolg einer künftigen PZPR-Politik vor allem im Bereich der Wirtschaft glaubten und bei den nächsten (freien) Wahlen in der politischen Bedeutungslosigkeit zu versinken fürchteten, setzte Lech Wałęsa im August/September 1989 eine von der Solidarność geführte Regierung unter Tadeusz Mazowiecki ohne formelle Beteiligung der PZPR durch.

Damit sah sich die Solidarność, die sich eigentlich auf vier Jahre in der Opposition eingestellt hatte, in der sie lernen⁴ und sich auf die Regierungsverantwortung nach den künftigen freien Wahlen vorbereiten wollte, plötzlich vor die Notwendigkeit gestellt,

⁴ Nur fünf ihrer 260 Abgeordneten und Senatoren verfügten über parlamentarische Erfahrung aus der Zeit der Volksrepublik.

selbst die Regierung zu stellen. Auf diese Situation war die bisherige Opposition jedoch weder personell noch inhaltlich vorbereitet, wie ihre führenden Vertreter unumwunden einräumten.⁵ In den achtziger Jahren waren zwar zahllose Debatten darüber geführt worden wie das realsozialistische System reformiert werden könne, jedoch kein Programm für eine eigene Regierungsbildung oder gar eine neue Verfassung ausgearbeitet worden.

Die Bildung der Regierung Mazowiecki löste eine Dynamik aus, die das Konzept der PZPR-Führung, das bisherige System zu „liberalisieren“, endgültig scheitern ließ. Aus dem intendierten Systemwandel wurde ein Systemwechsel. Ende 1989 wurde die Verfassung wenigstens in den Teilen geändert, die am stärksten rechtsstaatlichen Prinzipien widersprachen. Die Führungsrolle der PZPR wurde gestrichen, der Parteienpluralismus ausdrücklich anerkannt, der Primat des Rechts in mehreren Bestimmungen unterstrichen. Die PZPR erlebte einen drastischen Mitgliederschwind und löste sich auf einem Sonderparteitag Ende Januar 1990 selber auf. Auch wenn sich die große Mehrzahl der Delegierten zu einer Gründungsversammlung der „Sozialdemokratie der Republik Polen“ (SdRP) neu konstituierte, hatte mit der PZPR einer der entscheidenden Vertragspartner der Übereinkommen des Runden Tisches aufgehört zu existieren. Da zudem nach den Revolutionen bei Polens bisherigen Bündnispartnern der externe Druck auf die Regierung Mazowiecki nachließ, schwand auch die Kohäsionskraft der im politischen Arm der Solidarność zusammengeschlossenen sehr unterschiedlichen Gruppierungen. Lech Wałęsa, der im Herbst 1989 ein Regierungsamt ausgeschlagen hatte, drängte immer spürbarer nach dem Präsidentenamt. Zwar war General Jaruzelski bis 1995 als Präsident gewählt, doch versagte er sich nicht der Einsicht, dass er sich als Repräsentant des Ancien regime politisch überlebt hatte, und trat im Herbst 1990 zurück.

Sieht man von den wichtigen Wahlen zur lokalen Selbstverwaltung im Juni 1990 ab, waren die Präsidentschaftswahlen von November/Dezember 1990 nach vielen Jahrzehnten die ersten freien („Gründungs“-)Wahlen in Polen. Zwar siegte nicht unerwartet Lech Wałęsa. Dass jedoch im ersten Wahlgang der wenige Wochen zuvor noch völlig unbekannte Auslandspole Stan Tyimiński, der mit wirren Parolen um Stimmen warb, den Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki von der Stichwahl ausschaltete, wurde als Zeichen der Unreife und der Unerfahrenheit der polnischen Wählerschaft gewertet. Die völlige Zersplitterung des Parlaments bei dessen „Gründungswahlen“ 1991 konnte diesen Eindruck nur verstärken.

Der schwierige Aufbau eines neuen politischen Institutionensystems

Verlief der Systemwechsel relativ glatt, so erwies sich sowohl die Etablierung eines neuen Institutionensystems als auch dessen organisatorische Ausfüllung als außerordent-

⁵ Vgl. u.a. Inka Słodkowska, *Jalowe lata? Opozycji antykomunistyczne brak było wizji przyszłej Polski [Unfruchtbare Jahre? Der antikommunistischen Opposition fehlte eine Vision des künftigen Polen]*, in: *Więź*, Dezember 1997, S. 52-62. Dort sind zahlreiche Belege für entsprechende Äußerungen führender Solidarność-Politiker zu finden.

lich schwierig. Ein Konzept für eine Verfassung war nicht vorhanden, und bei manchen Solidarność-Aktivisten bestand die Vorstellung, man könne ein „neues Modell“ von Demokratie ohne Parteien – gestützt auf die in den siebziger und achtziger Jahren entstandenen zivilgesellschaftlichen Strukturen und die zu den Wahlen vom Juni 1989 gebildeten „Bürgerkomitees“ – aufbauen⁶. Bald bestätigte sich die bekannte Erfahrung, dass eine mit dem bisherigen System brechende Verfassung am ehesten in revolutionären oder quasirevolutionären Situationen durchzusetzen ist. Je mehr sich nämlich neue Beziehungsgeflechte herausbildeten und sich alte Strukturen wieder festigten, desto mehr vermischte sich der Prozess der Verfassungsgebung mit tagespolitischen Fragen und wurde zunehmend schwieriger.

Neun Regierungen (von den Wahlen im Juni 1989 bis Ende 1997), dazu zwei gewählte Ministerpräsidenten, die keine Regierung bilden konnten, vermittelten das Bild eines instabilen politischen Systems, das allerdings nur bedingt zutraf. Ein Teil der Probleme war dabei in institutionellen Regelungen des am Runden Tisch ausgehandelten semi-präsidentiellen Systems angelegt. Die sogenannte „Kleine Verfassung“ vom Oktober 1992 konnte in der Praxis die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen, durch eine (allerdings nur unzureichende) Präzisierung der Kompetenzen von Präsident, Regierung und Parlament größere Regierungstabilität zu erreichen. Begründet lag dies auch im mangelnden Verständnis von Staatspräsident Lech Wałęsa für die Bedeutung politischer Institutionen. Er perzipierte Problemlagen fast ausschließlich in personenbezogenen Konstellationen (mit ihm als Hauptakteur), und er besaß kaum Verständnis für die Notwendigkeit einer personenunabhängigen Konsolidierung des neuen Institutionensystems. Er setzte in der Zeit der „Cohabitation à la polonaise“ ab 1993 (linke Regierung bei konservativem Präsidenten) ein unter Verfassungsrechtlern kontroverses Veto-recht bezüglich der Person des Innen-, Außen- und Verteidigungsministers durch, was mit zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen und mehreren schweren innenpolitischen Krisen beitrug.

Überraschend beschleunigte sich mit dem nach Meinungsumfragen wahrscheinlichen Ende der SLD-PSL-Koalition im Frühjahr 1997 die Arbeit am Verfassungstext erheblich. Die aus Vertretern des Sejm und des Senats zusammengesetzte Verfassungskommission, in der das Mitte-Rechts-Lager nach den Wahlen von 1993 nur sehr schwach vertreten war, verabschiedete am 2. April 1997 mit einer (SLD-, PSL-, UW- und UP-) Mehrheit von 451 gegen 40 Stimmen den Text der neuen Verfassung, die Spuren zahlreicher Kompromisse und damit von Inkonsistenzen trägt. Heftig kritisiert wurde der Entwurf vor allem von der damaligen außerparlamentarischen Opposition. Die von der Solidarność bis 1989 und in den ersten Jahren danach vernachlässigte Diskussion über das Staatsmodell, über die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit oder über die nationale Identität brach plötzlich auf, so dass sich eher eine Grundsatze-debatte als eine Auseinandersetzung um die Bestimmungen konkreter Artikel entwickelte⁷. Diese Debatte setzte die während des Präsidentschaftswahlkampfes 1995

⁶ Vgl. Wiktor Osiatyński, *A brief History of the Constitution*, in: *East European Constitutional Review*, 6 (1997) 2-3, S. 66-76, hier S. 69.

⁷ Vgl. Paweł Śpiewak, *The Battle for a Constitution*, in: *East European Constitutional Review*, 6 (1997) 2-3, S. 89-96.

sichtbare Polarisierung (annähernd in die alten Lager von 1989) fort und diente der neu gegründeten AWS zur Profilierung.

Im institutionellen Bereich wurde die Position des Sejm leicht, die der Regierung erheblich gestärkt (z. B. ihr Sturz nur noch durch ein konstruktives Mißtrauensvotum). Die Rechte des Präsidenten wurden beschnitten, wenn auch weniger stark, als ursprünglich geplant. Sein Veto gegen Beschlüsse des Sejm kann dieser nun mit 60 statt bisher mit 65 Prozent zurückweisen. Vor allem aber verlor der Präsident sein Recht auf Mitsprache in Angelegenheiten der Innen- und der Verteidigungspolitik, während er im Bereich der Außenpolitik mit dem Ministerpräsidenten und dem zuständigen Minister „zusammenarbeitet“, was eine enge Koordination zwischen diesen drei Personen und dem Führungspersonal der Regierungsmehrheit voraussetzt.

Nicht geregelt wurde in der Verfassung eine Dezentralisierung des Verwaltungsaufbaus. Die neue Regierung Buzek hat eine solche Reform zur absoluten Priorität erklärt. Statt der Gliederung nur in Wojewodschaften und Gemeinden soll es künftig über den Gemeinden wieder Kreise geben. Ferner soll die Zahl der jetzt 49 Wojewodschaften drastisch reduziert werden⁸. Ihre Größe soll etwa der von EU-Regionen entsprechen. Die Verlagerung von Kompetenzen (und Finanzen) an die Basis entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip soll dort die Partizipation erhöhen und zugleich das Zentrum entlasten.

Die Herausbildung des neuen Parteiensystems

Politische Parteien stoßen auch in Polen auf die in allen postkommunistischen Staaten zu beobachtenden Vorbehalte, die auf die weit verbreitete Gleichsetzung von „Partei“ und „Kommunistischer Partei“ zurückzuführen sind. Hinzu kommt das Verhalten der Politiker, das oft als verantwortungslos oder in erster Linie am Eigennutz orientiert wahrgenommen wird. Wenn im 1991 gewählten Sejm, der nur 18 Monate tagte, 123 der 460 Abgeordneten mindestens einmal ihre Fraktionszugehörigkeit wechselten⁹, dann konnte dies kaum zur Transparenz politischer Verantwortlichkeiten beitragen, sondern verstärkte das negative Image der Parteien und die Entfremdung der Bevölkerung von den neuen politischen Eliten.

Strukturierend für das Parteiensystem wirkten zum einen die Konfliktlinien in der Gesellschaft. Diese sind wie in allen postkommunistischen Staaten durch die Folgen der ökonomischen Systemtransformation bestimmt und bewegen sich zwischen den Polen freie Marktwirtschaft und Staatsintervention. Ferner verlaufen sie entlang der Linie Demokratie versus Autoritarismus/Populismus, wobei sich für letztere in Umfragen ein noch beachtliches Potential ausmachen lässt; hinzu kommt die in jüngster Zeit akut

⁸ Die genaue Zahl ist noch immer umstritten. Sie schwankt zwischen 12 und 25; vgl. u. a. Janina Paradowska, *Rysowanie Polski* [Das Zeichnen Polens], in: *Polityka* vom 20.12.1997, S. 20-22.

⁹ Vgl. Stanisław Gebethner, *Osiemnaście miesięcy rozczłonkowanego parlamentu* [Achtzehn Monate eines zersplitterten Parlaments], in: ders. (Red.), *Polska scena polityczna a wybory* [Die polnische Szene und die Wahlen], Warszawa 1993, S. 7-30, hier S. 17.

gewordene Frage der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit. Als spezifisch polnische Konfliktlinien können die Öffnung gegenüber dem Westen versus die Betonung nationaler Werte sowie die kontroversen Positionen über den Umfang des Einflusses der Katholischen Kirche auf das öffentliche Leben gelten.

Zum ändern wurde die Entwicklung des Parteiensystems durch institutionelle Faktoren bestimmt, das heißt durch das Verfassungs- und insbesondere durch das Wahlsystem. Das Wahlgesetz von 1991 begünstigte in extremem Maße kleine Parteien und damit eine große parteipolitische Zersplitterung. Nach dem in seinen Grundsätzen weiterhin gültigen Wahlgesetz von 1993 werden die 460 Mandate im Sejm nun zu 85 Prozent in 52 Wahlkreisen (mit zwischen drei und 17 Mandaten) nach Proporz vergeben. Berücksichtigt werden dabei nur Listen, die landesweit mindestens 5, bei Wahlkoalitionen mindestens 8 Prozent der gültigen Stimmen erhalten haben (ausgenommen Listen nationaler Minderheiten). Die restlichen 15 Prozent der Sitze werden über Landeslisten nach Proporz an diejenigen Parteien vergeben, die landesweit mindestens 7 Prozent der gültigen Stimmen erhalten haben.

Bei den Sejm-Wahlen von 1993 traten die dem Mitte-Rechts-Lager zuzuordnenden Parteien derart zersplittert an, dass fast alle an der Fünf- bzw. Acht-Prozent-Hürde scheiterten und somit nicht weniger als 35 Prozent der gültigen Stimmen bei der Mandatsverteilung unberücksichtigt blieben, so dass SLD und PSL mit nur 35 Prozent der gültigen Stimmen auf 66 Prozent der Mandate im Sejm kamen.

Bei den Präsidentschaftswahlen von 1995 siegte in der Stichwahl knapp der Fraktionsvorsitzende der postkommunistischen SLD im Sejm, Aleksander Kwaśniewski. Lech Wałęsa konnte jedoch durch eine extreme Polarisierung des Wahlkampfes („kommunistische Vergangenheit oder demokratisches Polen“) im zweiten Wahlgang noch einmal fast das ganze ehemalige Solidarność-Lager hinter sich einigen. Seinem Nachfolger als Gewerkschaftsführer, Marian Krzaklewski, gelang es im Sommer 1996, in einer „Wahlaktion Solidarność“ (AWS) etwa 40 mitte-rechts einzuordnende Organisationen und Grüppchen zu vereinen. Den organisatorischen Kern der AWS, die auch 50 Prozent der Kandidaten zum Sejm stellte, bildete die Gewerkschaft Solidarność¹⁰.

Die AWS erhielt ziemlich genau den Stimmenanteil, der bei den Sejm-Wahlen 1993 bei der Mandatsverteilung nicht berücksichtigt wurde. Mit 33,8 Prozent der gültigen Stimmen wurde sie stärkste Gruppierung, gewann 201 Mandate und stellt nun mit Jerzy Buzek den Premierminister. Die AWS ist freilich ausgesprochen heterogen zusammengesetzt. Im November 1997 wurde unter Vorsitz von Krzaklewski eine „Soziale Bewegung (RS) AWS“ als Partei registriert, in die nur Einzelpersonen und Vereinigungen, nicht aber politische Parteien kollektiv aufgenommen werden können. Für etliche kleinere „Parteien“ stellt sich somit die Frage der Selbstaflösung oder einer Existenz unterhalb der Fünf-Prozent-Marke und damit außerhalb des Parlaments. In der (Frak-

¹⁰ Zur AWS siehe die Analyse von Leszek Graniszewski, *AWS – sojusz prawicy demokratycznej* [Die AWS – das Bündnis der Demokratischen Rechten], in: Stanisław Gebethner (Red.), *Wybory '97. Partie i programy wyborcze* [Wahlen und Wahlprogramme], Warszawa 1997, S. 59-85.

tion) AWS dürften künftig drei große politische Gruppierungen vertreten sein: (die Partei) RS AWS; ein konservativ-liberaler, eher den Arbeitgebern zuzurechnender Flügel (SKL); ein starker klerikal-nationaler Flügel (ZChN), der einer Integration in die EU deutlich reserviert gegenübersteht; hinzu kommen die Vertreter der wirtschaftspolitisch bisweilen linkspopulistisch ausgerichteten Gewerkschaft Solidarność. Heftige Spannungen innerhalb der AWS-Fraktion sind absehbar, wenn die AWS-UW-Regierung einige Problembereiche des von der Vorgänger-Regierung hinterlassenen Reformstaus in Angriff nimmt¹¹. Insofern könnte Marian Krzaklewski das Amt des Premierministers nicht nur aus dem Kalkül heraus ausgeschlagen haben, als Fraktionsvorsitzender leichter bei den nächsten Präsidentschaftswahlen kandidieren zu können. Seine Führungsqualitäten werden gerade in seiner Funktion als Fraktionsvorsitzender gefragt sein.

In gewisser Weise ein Gegenbild zur AWS ist das „Bündnis der Demokratischen Linken“ (SLD) aus rund 30 Organisationen. Unter ihnen ist die mit Abstand stärkste Kraft die „Sozialdemokratie der Republik Polen“ (SdRP), die Nachfolgepartei der PZPR. Auch wenn sie heute nur 80 000 Mitglieder angibt (Anfang 1989: 2,1 Mio.), verfügt sie doch durch ihr ererbtes Organisationsnetz über einen erheblichen strukturellen Vorteil gegenüber ihren Konkurrenten. Auch in der SdRP lassen sich mehrere Strömungen ausmachen: die Vertreter des alten Parteiapparats mit dem früheren Politbüromitglied Leszek Miller an der Spitze; Manager, die sich zu einem großen Teil frühere Staatsbetriebe privat aneignen konnten; ferner Funktionäre des einst mit der PZPR liierten Gewerkschaftsverbands OPZZ, dessen zum Teil auch parteilose Abgeordnete etwa ein Drittel der SLD-Fraktion stellen.

Auf dem Parteitag im Dezember 1997 löste der 51-jährige Miller mit ausgebuffter Taktik den nach Vorwürfen der Spionage für die Sowjetunion zurückgetretenen früheren Ministerpräsidenten Józef Oleksy als SdRP-Chef ab. Die angekündigte Erneuerung des Führungspersonals durch unbelastete junge Politiker blieb jedoch aus. Dies dürfte eine langfristig mögliche Annäherung der knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterten Arbeitsunion (UP), die sich überwiegend aus dem linken Solidarność-Flügel herleitet und sich als eine Art Labour-Party versteht, vorerst verhindern.

Weit höher als ihr zahlenmäßiger Anteil ist der Einfluß der Freiheitsunion (UW, 1997 13,8 Prozent Stimmen zum Sejm): einer liberalen, sich vornehmlich auf eine Wählerschaft im Intellektuellenmilieu stützenden Partei mit nicht nur in Polen bekannten linksliberalen, zentristischen und christlich-konservativen Politikern wie Jacek Kuroń, Bronislaw Geremek, Tadeusz Mazowiecki, Hanna Suchocka u.a..

Mit großen internen Problemen haben die Wahlverlierer von 1997 zu kämpfen. Die Polnische Bauernpartei (PSL) besitzt das Image einer Partei von Postenjägern, die keine langfristige Konzeption für die dringend erforderliche Modernisierung der polnischen

¹¹ So z. B. die weitere Privatisierung, insbesondere defizitärer Sektoren wie Kohle, Stahl, Schiffbau, in denen die Solidarność einen starken Rückhalt unter der Belegschaft hat; ferner die Reform des Gesundheitswesens und der Renten- und Sozialversicherung etc.

Landwirtschaft vorgelegt, sondern in der bisherigen Regierungskoalition strukturkonservierend und blockierend agiert hat. Nach der verheerenden Wahlniederlage wurde zwar der frühere Ministerpräsident Waldemar Pawlak als Parteichef abgelöst. Doch kündigte sein wichtigster Gegenspieler, der reformorientierte Roman Jagieliński, die Gründung einer neuen Partei an. Auch die vom früheren Ministerpräsidenten Jan Olszewski nach dem Achtungserfolg bei den Präsidentschaftswahlen von 1995 gegründete, mit rechts- wie linkspopulistischen und national-kerikalen Parolen vorwiegend ältere Wähler ansprechende „Bewegung für den Wiederaufbau Polens“ (ROP), ist durch eine Parteisplittung geschwächt.

Sollte es der AWS auf der „rechten“ wie dem SLD auf der „linken“ Seite des politischen Spektrums gelingen, die jeweils erheblichen internen Gegensätze zu integrieren, so könnte sich in Polen mittelfristig ein mit westeuropäischen Vorbildern durchaus vergleichbares bipolares Parteiensystem mit einem liberalen „Zünglein an der Waage“ herausbilden.



Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 27. Oktober 1991, 19. September 1993 und 21. September 1997

	1991	1993	1997
Wahlberechtigte	27 517 280	27 677 302	28 409 054
Wahlbeteiligung (zum Sejm)	11 887 949	14 415 586	13 616 378
Wahlbeteiligung in v. H.	43,2	52,08	47,93
Gültige Stimmen	11 218 602	13 796 227	13 088 231

	Sejm						Senat		
	1991		1993		1997		1991	1993	1997
	Stimmenanteil in v. H.	Sitze	Stimmenanteil in v. H.	Sitze	Stimmenanteil in v. H.	Sitze	Sitze	Sitze	
Demokratische Union (UD)	12,31	62	10,59	74	13,37a	60	21	4	8a
Bündnis der Demokratischen Linken (SLD)	11,98	60	20,41	171	27,13	164	4	37	28
Christlich-Nationale Vereinigung (ZChN)b	8,73	49	6,37				9		
Bauernpartei (PSL)	8,67	48	15,40	132	7,31	27	8	36	31
Konföderation Unabhängiges Polen (KPN)	7,50	46	6,77	22			4		
Zentrumsallianz (PC)	8,71	44	4,42				9	1	
Liberal-Demokratischer Kongreß (KLD)	7,48	37	3,99				6	1	
Bauernallianz (PL)	5,46	28	2,37				7	1	
Gewerkschaft „S“	5,05	27	4,90		33,83	201	12	9	51
Polnische Partei der Bierfreunde (PPPP)	3,27	16	0,10	-	-	-	-	-	-
Union für Realpolitik (UPR)	2,25	3	3,18	-	2,03		-	-	-
Union der Arbeit (UP)	2,05	4	7,28	41	4,74		-	2	-
Deutsche Minderheit	1,17	7	0,80	4	0,62	2	1	1	-
Partei „X“	0,47	3	2,74	-	-	-	-	-	-
Parteiloser Block zur Unterstützung der Reformen (BBWR)	-	-	5,41	16			-	2	-
Samoobrona ^c	-	-	2,78	-	0,08	-	-	-	-
Bewegung für den Wiederaufbau Polens (ROP)d	-	-	2,70	-	5,56	6	-	-	-
Sonstige	14,90	26	0,79	-	5,35	-	19	5	5

Quelle: Klaus Ziemer, Das Parteiensystem Polens, in: Oskar Niedermayer/Dieter Segert/Richard Stöss (Hrsg.), Die Parteiensysteme der postkommunistischen Staaten Osteuropas, Wiesbaden - Opladen 1997, S. 48 f.; Rzeczpospolita vom 26.09.1997

- a 1994 fusionierten UD und KLD zur „Freiheitsunion“ (UW);
 b 1991 Katholische Wahlaktion (WAK), 1993 Wahlkoalition „Ojczyzna“ („Vaterland“) zusammen mit dem „Polnischen Konvent“ des Aleksander Hall;
 c 1997 Teil der „Wahlaktion Solidarność“ (AWS);
 d 1993 Koalition für die Republik (KdR).

Dorota Simonides

Minderheitenpolitik in Polen und die Rolle der Menschenrechtspolitik im deutsch-polnischen Jugendaustausch¹

Wenn man den Titel dieses Beitrages betrachtet, kann man die Frage stellen, was denn eigentlich Minderheitenpolitik mit Jugendaustausch zu tun hat. Weshalb sind die Probleme der Menschen und der Minderheitenrechte so wichtig für die Jugend?

Die Antwort auf diese Fragen ist relativ einfach und selbstverständlich. Die Jugend lässt sich im Gegensatz zu den Erwachsenen kaum von Stereotypen leiten, sie ist offener, toleranter und sie nimmt leichter neue Denk- und Verhaltensweisen, neue Regeln gesellschaftlicher Lebensart an. Trotz chronischen Zeitmangels lehne ich es nie ab, eine Begegnung mit Jugendlichen abzuhalten, da ich in ihnen die besten Zuhörer zu den Themen Menschenrechte, Minderheitenrechte, Toleranz und Achtung der Rechte Andersdenkender finde. Soviel zur näheren Abgrenzung des Gegenstandes unserer heutigen Betrachtungen.

Weiterhin finde ich es nützlich, schon in der Einführung zu versuchen, den Begriff Minderheit zu definieren. Es sind bisher viele Versuche unternommen worden, um diesen Begriff präzise festzulegen, trotzdem treten dabei immer noch Schwierigkeiten auf. Die bekannteste Definition stammt aus dem Jahre 1979 und wurde von Francesco Capotorti geprägt. Nach ihr ist eine Minderheit:

„(...) eine gegenüber der übrigen Bevölkerung eines Staates zahlenmäßig unterlegene Gruppe, die keine herrschende Stellung einnimmt, deren Angehörige Bürger dieses Staates in ethnischer, religiöser oder sprachlicher Hinsicht Merkmale aufweisen, die sie von der übrigen Bevölkerung unterscheiden, und die, zumindest implizit, ein Gefühl der Solidarität zeigen, das auf die Bewahrung der eigenen Kultur, der eigenen Tradition, der eigenen Religionen oder der eigenen Sprache gerichtet ist“.

Diese Definition wird in internationalen Fachkreisen, welche sich mit Minderheitenproblemen befassen, ziemlich allgemein anerkannt, obwohl auch gegen sie gewisse Bedenken bestehen. Trotz dieser Bedenken bedient man sich eben dieser Definition in einem der wichtigsten Pakte, im „Internationalen Pakt für Bürgerliche und Politische Rechte der UNO“. Gegenwärtig sind wir Zeugen von Begebenheiten, welche uns eindeutig vor Augen führen, dass der Großteil der nationalen und internationalen Konflikte durch Missachtung der Rechte anderer Menschen oder Menschengruppen her-

¹ Der Artikel hält in schriftlicher Form die Ausführungen der Autorin beim 5. Polenforum 1995 in Oberursel fest. Die im Text diskutierte Verfassung wurde am 2.4.1997 vom Sejm verabschiedet und am 25.5.1997 in einem Referendum vom polnischen Volk angenommen. Darin finden sich auch Vorschriften über die Minderheitenrechte, die sowohl Gruppen- als auch Individualrechte gewährleisten (Anm. der Red.).

vorgerufen wird. Deshalb auch sollte man sich nicht wundern, dass die internationalen Organisationen und europäischen Parlamente so großen Wert auf die Wahrung von Minderheitenrechten als Kernpunkt der Menschenrechtsprobleme legen, welche alle Staaten Europas betrifft, und betonen, dass die in vielen Regionen Europas gärenden Minderheitskonflikte eine ernsthafte Gefahr für den Frieden Europas darstellen.

Die meisten Konflikte in Ost- und Südeuropa sind erst nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems und dem Zerfall der UdSSR und Jugoslawiens aufgeflackert, als der Druck des totalitären Systems verschwand. Von dem Zynismus des Regimes zeugt, dass in den Verfassungen, auch in der polnischen, die Menschenrechte und Minderheitenrechte verankert waren. Hier zum Beispiel zitiere ich den Artikel 81 der polnischen Verfassung aus dem Jahre 1952:

1. *„Die Bürger Polens ganz gleich, welcher Nation, Rasse oder Religionen sie angehören haben die gleichen Rechte auf allen Gebieten des staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens.“*
2. *„Die Verletzung dieser Regel durch indirekte oder direkte Bevorzugung oder Beschneidung der Rechte in Bezug auf Nationalität, Rasse oder Religion kann bestraft werden.“*

Diese Rechte wurden vom Regime selbst in bewusster Weise mit den Füßen getreten. Das gesalbte Gerede, dass erst der Sozialismus die Würde des Menschen in nie dagewesener Weise respektiert, war nur zynische Rhetorik. Das Bestehen von nationalen und religiösen Minderheiten wurde meist völlig ignoriert und totgeschwiegen. Wenn überhaupt von Minderheiten die Rede war, dann als eine Art Folklore.

Heute leben in Polen zehn nationale Minderheiten, die deutsche (ca. 500 000), die weißrussische (ca. 350 000), die ukrainische (ca. 300 000), die litauische (ca. 25 000), die tschechische und slowakische (ca. 25 000), die Roma und Sinti (ca. 20 000), die Juden (ca. 15 000), Griechen (ca. 6 000) und kleine Gruppen von Tataren und Armeniern.

Ihre Verteilung über Polen ist sehr verschieden; die Deutschen und Weißrussen wohnen hauptsächlich in geschlossenen Gebieten, wogegen die Ukrainer sehr dünn über das ganze Land verstreut sind. Die ukrainische Bevölkerung wurde nämlich durch das kommunistische Regime in einer Nachkriegsaktion gegen die damals tätigen nationalistisch-ukrainischen Partisanengruppen aus ihren Wohngebieten zwangsübersiedelt. In der Zeit unmittelbar nach dem Zerfall der totalitären Regime traten nicht nur in Polen, sondern auch in den anderen ost- und mitteleuropäischen Staaten zwei konträre, jedoch eng miteinander verbundene soziologische Phänomene auf:

- Die Minderheiten benutzten die nach jahrelanger Unterdrückung endlich erlangte Freiheit energisch, um mit Nachdruck ihre kulturellen, sprachlichen und religiösen Rechte zu fordern und die eigene Identität zu betonen.

- Die Mehrheit der Bevölkerung, Jahrzehnte in dem Bewusstsein erzogen, ein nationaler Monolith zu sein, war kaum gewillt, die mit vielen Opfern erkämpfte nationale Selbstständigkeit mit Minderheiten oder ethnischen Gruppen zu teilen.

So sah dies eine Journalistin in der Zeitschrift „Dialog“²:

„Während meiner oftmaligen beruflichen Kontakte zu den Danziger Deutschen gewann ich den Eindruck, dass die Mehrzahl von ihnen (das gilt vor allem für die Älteren) ein recht schwach ausgeprägtes Gefühl der Identifikation mit dem polnischen Staat hat. In ihren Äußerungen überwiegt der fordernde Ton, das Klagen über fehlende Unterstützung von Seiten der polnischen Regierung. Manchmal hat man den Eindruck, dass der polnische Staat ein Fremdkörper ist, etwas, das außerhalb existiert und für das man keine Verantwortung trägt. Ja, den Danziger Deutschen fehlt wohl das Bewusstsein, dass Minderheiten gegenüber dem Staat nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten haben.“

In demselben Artikel heißt es auch:

Ein Gast in Deutschland, der den Klub der Minderheiten in Langfuhr besucht hatte, meinte: „Sie bemühen sich, deutscher zu sein als ich.“

Die Affektreaktion auf einen jahrzehntelangen Eindruck, Bürger zweiter Klasse zu sein, rief bei deutschen Besuchern nur Verwunderung hervor, die polnischen Mitbürger jedoch reagierten ähnlich emotional. Gott sei Dank, kam es in Polen zu keinem Mölln und Solingen. Es blieb bei einigen zertrümmerten Fensterscheiben und vier verrotteten Denkmälern. Andere Opfer haben die Minderheiten in Polen nicht zu beklagen. Wieder war es nur ein Teil der älteren Generation, bei denen die Emotionen hochschlugen, die Jugend reagierte viel gelassener. Leider waren auch in Oberschlesien bei der älteren Generation ähnliche Einstellungen verbreitet, wobei es ein öffentliches Geheimnis ist, dass Berufsvertriebenenreisende mithalfen, diese Einstellungen zu verbreiten und zu festigen.

Inzwischen sind fünf Jahre demokratischen Umbaus vergangen. Die Wogen der Emotionen haben sich weitgehend geglättet. In Polen sind alle europäischen Menschenrechts- und Minderheitenrechtsstandards nicht nur auf innenpolitischer Ebene gesetzlich verankert, sondern auch außenpolitisch bekräftigt worden. Das ist für die Republik Polen um so wichtiger, da sich nach 1989 das ganze außenpolitische Umfeld geändert hat. Die ehemaligen Nachbarstaaten, die DDR, die tschechoslowakische Föderation und die UdSSR bestehen nicht mehr. Mit allen neuen Nachbarstaaten, der Bundesrepublik Deutschland, Litauen, Weißrussland, der Ukraine, der Slowakei, Tschechien und Russland (Enklave Königsberg) hat die Republik Polen neue Grenzverträge und Verträge über gutnachbarschaftliche Beziehungen abgeschlossen. Wichtig sind für unsere Erwägungen besonders die letzteren, da in ihnen die gegenseitige Wahrung der Rechte der jeweiligen Minderheiten bilateral bekräftigt wurden.

² Ubertowska, Aleksandra: Die Danziger Deutschen – ein Tabuthema?, Dialog 1-4/1994, S. 40.

Bevor es jedoch zu den bilateralen Verträgen kam, wurden von der Republik Polen alle europäischen Pakte und Konventionen, die die Menschen und Minderheitenrechte regeln, unterschrieben und ratifiziert. Sie nahm dadurch nicht nur die Pflicht auf sich, einer Diskriminierung in Hinsicht auf die Abstammung, die Sprache und die Religion des Menschen entgegenzutreten, sondern auch die freie Ausübung aller kulturellen Bedürfnisse von ethnischen, nationalen oder religiösen Minderheiten zu fördern. Von diesen Pakten und Konventionen möchte ich die nachstehenden aufführen:



1. Die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten;
2. Den Internationalen Pakt für Bürgerliche und Politische Rechte;
3. Die Kopenhagener Deklaration der KSZE aus dem Jahre 1990;
4. Die Parlamentarische Empfehlung des Europarates Nr. 1134 aus dem Jahre 1990. (Sie wurde in der Zwischenzeit durch den Europarat beschlossen und zur Unterschrift vorgelegt. Polen unterschrieb sie als eines der ersten Länder);
5. Den Vorschlag für eine Europäische Konvention zum Schutz von Minderheiten, entworfen von der Kommission für Demokratie und beschlossen durch Gesetz im März 1991;
6. Die Empfehlung Nr. 1201 (1993) des Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention über die Rechte nationaler Minderheiten.

Leider sind diese Dokumente fast nur den Mitgliedern der einzelnen Gremien und den Ländern der Minderheiten geläufig. Es wäre an der Zeit, dass in den einzelnen Staaten eine Zusammenfassung aller einschlägigen Dokumente mit Kommentaren für eine breitere Leserschaft ausgegeben wird, in welcher sowohl alle international anerkannten Rechte der Minderheiten, als auch ihre Pflichten gegenüber dem Staat, in dem sie leben, aufgeführt werden. In Polen versucht man, durch Massenmedien und Schulen alle dem europäischen Standard entsprechenden Rechte dem Bürger näherzubringen.

Zur Zeit wird in Polen durch einen außerordentlichen parlamentarischen Ausschuss ein Projekt der neuen Verfassung ausgearbeitet. Das fachte wiederum die Diskussion an, ob die Minderheitenrechte zusammen mit den Menschenrechten in die Verfassung aufgenommen oder auch in einem gesonderten Minderheitengesetz festgesetzt werden sollen. Anfangs überwog die erste, heute überwiegt jedoch die zweite Meinung. Ein Minderheitengesetz erlaubt, die Rechte der Angehörigen von Minderheiten präziser zu artikulieren, ihnen aber auch die Pflichten, die sie dem Staat gegenüber haben, klar aufzuzeigen. Bei der Diskussion wurden auch die in ganz Europa gehegten Bedenken gegenüber der Definition des Begriffs Minderheit aufgegriffen. Dabei wurde festgestellt, dass trotz aller Bedenken die in der Kopenhagener Deklaration zitierte Definition wohl am besten der europäischen Realität gerecht wird. Der Punkt 32 der Deklaration hat den Wortlaut:

„Die Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit ist Angelegenheit der persönlichen Entscheidung eines Menschen, und darf als solche für ihn keinen Nachteil mit sich bringen. Angehörige nationaler Minderheiten haben das Recht, ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität frei zum Ausdruck zu bringen, zu bewahren und weiterzuentwickeln, frei von jeglichen Versuchen, gegen ihren Willen assimiliert zu werden ...!“

Aus dieser Deklaration geht hervor, dass einzig eine subjektive, persönliche Entscheidung eines Bürgers, der eine kulturelle Abstammung in einer eigenen ethnischen Gruppe besitzt, genügt, um in eine Minderheit eingestuft zu werden. Außerdem geht daraus hervor, dass Minderheitenrechte Rechte des Individuums sind und keine Gruppenrechte darstellen.

Wie sieht aus der obigen Sicht die aktuelle Situation von Minderheiten in Polen aus?

1. Die politischen Führungsgremien gehen von dem Grundsatz aus, dass alle europäischen Standards der Menschen- und Minderheitenrechte von Polen akzeptiert und konsequent realisiert werden müssen, und dass jede Minderheit von den ihr zustehenden Rechten vollen Gebrauch machen kann.
2. Wie schon gesagt, eine neue Verfassung ist erst im Projekt vorhanden. Die Minderheitenrechte wurden daher durch eine Novelle des schon zitierten Artikels 81 der sogenannten „Kleinen Verfassung“ gesetzlich der Kopenhagener Deklaration angepaßt. Hier der aktuelle Wortlaut des Artikels:

„Die Republik Polen garantiert ihren Bürgern, die nationalen Minderheiten angehören, das Recht zur Pflege und Entwicklung ihrer eigenen Kultur, Sprache, Tradition, und gewährt ihnen das Recht zur Errichtung eigener kultureller, religiöser und bildender Institutionen sowie die Mitwirkung an Regelungen, die die Anerkennung und den Schutz ihrer kulturellen Identität betreffen, in Übereinstimmung mit den durch die Republik Polen akzeptierten internationalen Standards.“

Dieser Artikel wird in der Praxis realisiert, und er wurde auch bei den bilateralen Verträgen in Hinsicht auf die jeweiligen Minderheiten berücksichtigt. In Übereinstimmung mit dem Wortlaut des Artikels haben auch Vertreter der Minderheiten, vor allen der deutschen, bei seiner Ausarbeitung teilgenommen.

3. Als einer der wenigen europäischen Staaten gilt im polnischen Wahlgesetz ausschließlich für Minderheitengruppen eine Ausnahme von der für alle Parteien verbindlichen 5 % Klausel. Deshalb auch war und ist die deutsche Minderheit seit 1991 in den aufeinanderfolgenden Parlamentsperioden durch 6, dann 5 und jetzt 4 Abgeordnete und zusätzlich 1 Senator (zweite Kammer des Parlaments) vertreten und das nicht als Mitglieder von Parteien, sondern als Mitglieder von Minderheitsverbänden. Daneben ist auch die ukrainische Minderheit durch 1 Abgeordneten vertreten, dieser jedoch als Mitglied der Freiheitsunion (Unia Wolności).
4. In Kommunalwahlen werden durch die Minderheitsverbände eigene Kandidaten aufgestellt. In den Minderheitssiedlungsgebieten stellen die Vertreter der Minderheiten in vielen Kommunen die Mehrheit der Ratsmitglieder. Im Oppelner Oberschlesien besitzt zum Beispiel die deutsche Minderheit in dem Selbstverwaltungsparlament der Wojewodschaft 32 von insgesamt 89 Sitzen, der Vizevorsitzende ist ein Vertreter der deutschen Minderheit. Auch viele Bürgermeister und Ortsvorsteher gehören der deutschen Minderheit an.
5. Jede Minderheit hat Zugang zum Fernsehen und zum Rundfunk mit Sendungen in der eigenen Sprache. Sie besitzen auch vom Kultusminister dotierte Zeitschriften, entweder in der eigenen Sprache oder auch zweisprachige.
6. Die Minderheiten bilden ihre eigenen Verbände und Organisationen. Die Anzahl und die Vielfalt der Organisationen entsprechen der Dynamik und dem Einfallsreichtum der einzelnen Minderheiten. Die deutsche Minderheit besitzt insgesamt 113 verschiedene Verbände.
7. Die Minderheiten besitzen das Recht, eigene Schulen aller Bildungsstufen zu schaffen. Das Augenmerk wird darauf gerichtet, selbständige Eliten der einzelnen Minderheiten zu schaffen, solche, die ein hohes gesellschaftliches Niveau erreichen sollen. Gleichzeitig wird jedoch großen Wert auf die gute Kenntnis der Landessprache gelegt, eben um eine gesellschaftlich hohe Aktivität der Minderheiten zu stimulieren und der Bildung von Ghettos vorzubeugen. Diese würden zu einer unerwünschten

gesellschaftlichen Isolation führen. Volle Zweisprachigkeit dagegen erweitert den Horizont und vergrößert Chancen zu dem gesellschaftlichen Aufstieg. Ich möchte dabei betonen, dass besonders für die deutsche Minderheit die Bildung einer neuen Elite sehr wichtig ist, denn diese Minderheit hat durch eine Abwanderung in die Bundesrepublik tausende von, nach 1945 in Polen kostenlos akademisch gebildeten Oberschlesiern, Danzigern, Ermländern, Masuren und Pommeranern verloren (dies war eine ziemlich arge Hirndrainage, die auf Kosten der polnischen Steuerzahler ging). Unter den Akademikern war die Abwanderungsrate viel höher als bei den sonstigen sich jetzt zur Minderheit bekennenden Bevölkerung, was zu ihrer intellektuellen Verarmung führte.

8. Diese Lücke muss schnellstens wieder geschlossen werden, wenn der kulturelle Fortbestand und der gesellschaftliche Aufstieg der Minderheit gewährleistet werden soll.

Es wäre nicht die ganze Wahrheit, wenn man die Schwierigkeiten, die das bloße Bestehen der Minderheiten in einem Staate mit sich bringen, nicht erwähnt hätte. Es ist jedoch der Weisheit beider Seiten, der Minderheiten und der Mehrheit, vorbehalten, durch Takt, Toleranz, gegenseitige Achtung und guten Willen diesen Schwierigkeiten vorzubeugen oder wenn sie schon entstanden sind, sie zu beseitigen. Das ist die erste Bedingung eines friedlichen Zusammenlebens. Die zweite Bedingung ist, dass die Minderheit durch keine Seite manipuliert wird, besonders nicht durch unverantwortliche Vertreter des Staates, mit dem sich die Minderheit kulturell identifiziert. Hier scheint angebracht über eine Initiative der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zu berichten. Es geht um die von dieser Parlamentarischen Versammlung beschlossenen Frühwarnsysteme. Nach diesen Systemen können sich überstaatliche Organisationen einem Bruch von Minderheitsrechten in jedem Mitgliedsstaat entgegenstellen. Bei Auftreten solcher Probleme kann einer Einmischung von Heimatstaaten bei Konflikten ihres Nachbarn mit der nationalen Minderheit vorgebeugt werden, eben durch eine internationale Zusammenarbeit der OSZEMitgliedsstaaten. Die Erfahrungen zeigen, dass am größten die Gefahr dort ist, wo eine Minderheit lebt, die in der Nachbarschaft ihren Heimatstaat besitzt und dieser sich dann in eventuelle Auseinandersetzungen zwischen der Minderheit und ihrem Aufenthaltsstaat einmischen kann. Die Gefahr eines Konfliktes ist um so größer, je mehr die Minderheit in eine Ghettosituation hineingerät. Deshalb bemüht sich auch Polen, dafür zu sorgen, dass es zu einer vollen staatsbürgerlichen Integration der Mitglieder von Minderheiten kommt. Es ist wichtig zu verstehen, dass Integration nicht Assimilation bedeutet. Meine These lautet: Integration – ja, Assimilation – nein.

Spannungen gibt es auch in kirchlichen Bereich zwischen der griechisch-katholischen und der römisch-katholischen Kirche. Die erste will nicht von Warschau, sondern direkt von Rom abhängig sein.

Wie ich bereits erwähnte, ist die Bedeutung des Jugendaustausch in der Minderheitenpolitik ein nicht unter zu bewertender Faktor. Diese Erkenntnis bildete den Anstoß zur

Bildung des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes, dessen Ziel es ist, durch die Jugend eine Annäherung und Versöhnung beider Völker zu erleichtern. Die Jugend soll gegenseitig die Altersgenossen in ihrem normalen, alltäglichen Umfeld kennenlernen.

Bei der Realisierung dieses Ziels zeigen sich jedoch objektive und subjektive Hindernisse. Das zeigte sich im vorigen Jahr bei zwei von der Robert-Bosch-Stiftung geförderten Tagungen im Gesamteuropäischen Studienwerk Vlotho über einen Neubeginn deutsch-polnischer Schulpartnerschaften. An der ersten nahmen die Koordinatoren der Bundesländer und an der zweiten Lehrkräfte aus Polen und aus den neuen Bundesländern, die am Schulaustausch interessiert sind, teil. Die aus polnischer Sicht besonders wünschenswerte Zusammenarbeit zwischen polnischen Schulen und Schulen in den neuen Bundesländern trifft auf Schwierigkeiten, sowohl aufgrund der viel schlechteren Ausstattung der ostdeutschen Institutionen, als auch auf Grund einer stärker westlich gerichteten Motivierung ostdeutscher Schulen. Eine Hilfe von Seiten des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes könnte wohl hier eine bessere Basis zur künftigen Zusammenarbeit schaffen.

Auch der im Mai 1994 in Wolfsburg tagende dritte Kongreß „Deutsche und Polen gemeinsam in Europa“ unterstrich in seiner Resolution, dass die Tätigkeit solcher Institutionen wie die „Deutsch-Polnischen Gesellschaften“ und des „Deutsch-Polnischen Jugendwerkes“ intensiviert und erweitert werden müssen, wenn unsere beiden Völker nicht in „... bedrohliche Vorurteile zurückfallen sollen.“ Als ein Mittel dazu wird die stärkere Finanzierung des DPJW gefordert, was die Bedeutung unterstreicht, die dem Jugendaustausch bei der Völkerverständigung beigemessen wird.